

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüngenrön, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüngenrön, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Sprechstunde Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

60. Jahrgang.

Nr. 111.

Sonnabend, den 17. Mai

1913.

Im Handels-Register ist heute auf Blatt 319 — Stadtbezirk — Firma: **Eibenstocker Zementwarenfabrik Albert Ficker, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Eibenstock** eingetragen worden, daß der Kaufmann Emil Hermann Fischer in Eibenstock zum zweiten Geschäftsführer bestellt worden ist. Eibenstock, den 9. Mai 1913.

## Königliches Amtsgericht.

Die Dienststellen des Stadtrates bleiben wegen vorzunehmender Reinigung **Montag, den 19. und Dienstag, den 20. Mai 1913** geschlossen.

Das Standesamt nimmt Anmeldungen von Geburts- und Sterbefällen **vormittags von 8—9 Uhr** entgegen.

Das Schouamt ist an beiden Tagen nachmittags von **5—6 Uhr** geöffnet.

Stadtrat Eibenstock, am 9. Mai 1913.

## Holzversteigerung. Hundshübler Staatsforstrevier.

Donnerstag, den 22. Mai 1913, vorm. 9 Uhr

### Gasthaus „Zum Muldental“ in Aue

854 w. Stämme	10—15 cm stark,	201 w. Stämme	16—19 cm stark,		
32 „	20—29 „	7713 „	Äste	7—15 „	
135 „	Äste	16—22 „	49 „	23—58 „	
675 „	Derbstangen	8—9 „	835 „	Reisbänke	7 „
4 rm w. Brennweite,	22 rm w. Brennknüppel,	160 rm w. Reste,			

i. d. Abt. 37, 70, 71 (Kahlschläge), 4, 5, 6, 8, 12, 13, 20, 21, 39, 40, 42, 44, 45, 46, 70, 71 (Durchforstg.), 8, 20, 21, 30 (Windbruch), 30, 31 (Schlagräumg.).

Kgl. Forstrevierverwaltung Hundshübel. Kgl. Forstrentamt Eibenstock.

## Die ungeklärte Lage.

Gleich nach Eintreffen der Nachricht vom Verzicht auf Stutari seitens Königs Nikita schrieben wir an dieser Stelle, daß bei weitem noch nicht alle Gefahren gebannt seien. Mit nur zu großer Deutlichkeit stellt sich jetzt die Wichtigkeit dieser Annahme ein; denn wir sind gegenwärtig wieder weit davon entfernt, was man landläufig sorglose Zukunft nennt. Zunächst versuchen Serbien und Griechenland in London an den für Albanien gestellten Verpflichtungen zu rütteln, obwohl sie ganz genau wissen dürften, daß Oesterreich nicht dulden wird, daß an der einmal festgesetzten östlichen und nördlichen Grenze Albanien Änderungen vorgenommen werden. Und das gleich wird Italien nicht dulden in Bezug auf die südliche Abgrenzung. Wahrscheinlich steht aber hinter dem Vorgehen der genannten beiden Balkanstaaten wieder Rußland, das ja während des ganzen Balkankrieges durch sein politisches Verhalten die Zeiten der Hochspannung stets geschaffen. Unter diesen Umständen kann Oesterreich natürlich nicht abrücken, und so sieht man vorläufig von einer Entlassung der Reservisten wieder ab. Bezeichnend für das Unsichere der Situation ist auch die aufgeregte Stimmung in Oesterreich, die nach Aufklärung im Parlament ruft. So wird gemeldet:

Wien, 14. Mai. Ueber den heutigen gemeinsamen Ministerrat verlautet, der „Neuen Freien Presse“ zufolge, von unterrichteter Seite: Ein Beschluß auf Entlassung der Reservisten ist nicht gefaßt worden. Man ist dahin übereingekommen, Erhebungen anzustellen, inwiefern eine Erleichterung möglich ist, und wartet weitere Aufklärungen in einem demnächst abzuhaltenden Ministerrat ab. Ein Zeitpunkt für den Wiederzusammentritt des gemeinsamen Ministerrats ist noch nicht bestimmt worden. Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgel wird in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses keine Erklärung abgeben, da im österreichischen Abgeordnetenhause eine Debatte über die äußere Lage vermieden werden soll.

Wien, 15. Mai. Ministerpräsident Graf Stürgel machte in der heutigen Parlaments-Obmannerkonferenz über den Stand der gegenwärtigen Krise die Mitteilung, daß begründete Hoffnungen auf volle Sicherung des Friedens bestehen, allein es lasse sich von historisch abgeschlossenen Ereignissen noch immer nicht sprechen. Die Regierung wünsche daher, daß die Debatte über die gegenwärtige Lage bis zur ersten Lesung des Budgets verschoben werde. Vorsicht sei noch immer notwendig. Ich lehne daher, so führte der Ministerpräsident weiter aus, im gegenwärtigen Augenblick die Führung einer Debatte ab, bin jedoch bereit, Mitteilungen über die gegenwärtige Lage in der Budgetkommission zu machen.

Gleiche Besorgnis wie die albanische Frage bereitet auch die Haltung Serbiens und Bulgariens gegeneinander. Man darf sich nicht wundern, wenn diese beiden Staaten doch noch schließlich aufeinander losgehen:

Belgrad, 15. Mai. Sowohl die politischen als insbesondere die militärischen Kreise sind vollkommen gefaßt auf einen plötzlichen Ueberfall der bulgarischen Truppen auf Alt- oder Neuserbien. Die ganze serbische Grenze gegen Bulgarien ist stark besetzt und mit genügenden Truppen versehen. In den neu erworbenen Gebieten werden nach dem Friedensschluß fünf neue Divisionen errich-

tet werden. Serbien ist bereit, Bulgarien lediglich pekuniäre Zugeständnisse zu machen. Es will seinen Anteil an der Beute in Adrianopel im Werte von etwa 42 Millionen Francs Bulgariens überlassen und von der Forderung der Rückerstattung jener achtzehn Millionen Francs, die Serbien Bulgarien während des Krieges vorgestreckt hat, absehen. Von Gebietsabtretungen könne aber keine Rede sein. Dieser Entschluß wird hier als unverrückbar bezeichnet.

Paris, 15. Mai. Die „Liberte“ schreibt: Nach einem in London eingetroffenen Telegramm aus Saloniki konzentrieren die Bulgaren 100 000 Mann zwischen Doiran und Drummija. Neue Truppen kommen tagtäglich an. Die Serben haben diesen Truppen 60 000 Mann gegenüberstellen und weitere 100 000 Mann sind in Bereitschaft.

Um nicht noch einen weiteren Stein des Anstoßes zu geben, hat Oesterreich die Donauinsel Adakaleh formell annektiert. Die Insel war schon seit langem, ähnlich wie Bosnien, von Oesterreich besetzt und hatte nur noch einen türkischen Gouverneur. Ueber die Annexion wird berichtet:

Sofia, 15. Mai. Die Donauinsel Adakaleh wurde seitens der ungarischen Behörden annektiert und von einer Abteilung ungarischer Gendarmen sofort in Besitz genommen. Adakaleh hatte auf Grund eines Uebereinkommens zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei vom 21. Mai 1878 österreichisch-ungarische Besatzung. Nunmehr wurde die staatliche Zugehörigkeit Adakalehs formell proklamiert. Das Protokoll über die Annexion wurde von dem türkischen Scherifen Iddin nicht unterzeichnet. Der Gouverneur ist von hier abgereist.

Wien, 15. Mai. Die ungarische Meldung über die Annexion der Insel Adakaleh durch Oesterreich-Ungarn wird amtlich bestätigt. Die eigentliche Veranlassung besteht darin, daß die Pforte durch den Präliminarfrieden erklärt, daß alles, was westlich von der Linie Enos-Midia liegt, den Verbündeten überlassen bleibe. Auch die Insel Adakaleh liegt westlich von der Linie und wäre also Serbien zugefallen, wenn die Proklamation der Annexion durch Oesterreich nicht erfolgt wäre.

Wien, 15. Mai. Wie die Blätter melden, wird an unterrichteter Stelle hervorgehoben, daß wegen der Annexion der Insel Adakaleh bei der geringen Bedeutung der ganzen Angelegenheit internationale Schwierigkeiten nicht entstehen werden. Der türkische Mufti hat auch nicht Protest erhoben, sondern nur erklärt, seiner vorgelegten Behörde darüber berichten zu wollen und ist zu diesem Zwecke nach Wien gereist, um dem türkischen Botschafter Bericht zu erstatten.

Auch Griechenland hat sich erneut zum Herrn einer türkischen Insel gemacht:

Athen, 15. Mai. Der General-Gouverneur von Areta, Dragumis, hat gestern auf der kleinen Insel Canca die griechische Flagge an der Stelle hissen lassen, wo früher die türkische Flagge sich befand. Gleichzeitig wurde ein Gedenkstein zur Erinnerung an die Entfernung der türkischen Flagge errichtet.

Außerdem wird noch gemeldet: Wien, 15. Mai. Da infolge der Uebergabe die kritische Situation sich etwas gebessert hat, hat die Regierung den am 3. dieses Monats verfügten Ausnahmezustand über Bosnien und die Herzegowina wieder aufgehoben.

Konstantinopel, 15. Mai. Offizien wird gemeldet, daß die Waffenruhe mit Bulgarien bis zum 28. Mai verlängert worden ist.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Deutschland und der englisch-türkische Vertrag. Von maßgebender Berliner Stelle wird die Darstellung des Reuterschen Bureaus über die englisch-türkischen Verhandlungen wegen der Bagdadbahn bestätigt, namentlich auch die Annahme, die die deutsche Regierung bei diesen Verhandlungen gehabt hat. Man darf mit Bestimmtheit voraussetzen, daß die Interessen Deutschlands bei dem englisch-türkischen Abkommen durchaus gewahrt werden, da die beiden veralliierten Mächte gewillt erscheinen, diesen Interessen in vollem Umfange Rechnung zu tragen. Ob es möglich sein wird, die Verhandlungen bereits, wie in der Reuterschen Depesche gesagt wird, in zwei Wochen zu Ende zu führen, gilt allerdings noch als zweifelhaft.

Von der Firma Krupp. Wie gemeldet wird, hat sich die Firma Krupp, zu deren Geschäftsgepflogenheiten es bisher nicht gehörte, ihr zugehender Drohbriese irgend eine Beachtung zu schenken, im Verfolg der bekannten Reichstagsverhandlungen inzwischen in mehreren Fällen veranlaßt gesehen, derartige Drohbriese, die ihr in letzter Zeit von früheren Beamten zugegangen sind, der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung zu übergeben. Wie weit durch die schädlichen Erörterungen einer noch völlig ungeklärten Sachlage eine Verwirrung der Geister eingetreten ist, wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß einer dieser Expresser es gewagt hat, in solchem Drohbrief eine vor Jahren im Auftrage der Familie Krupp durch die Firma erzielte Ueberweisung eines Betrages von 250 000 Mark für das Offiziersgensehheim im Tannus, für das bekanntlich damals von den verschiedensten Seiten zahlreiche Stiftungen gemacht worden sind, als Unterprovision für das Militärkabinett Seiner Majestät des Kaisers zu bezeichnen.

Zur Ermordung des Majors von Lewinski. Der Kaiser richtete an den Prinzregenten Ludwig von Bayern folgendes Telegramm: „Dem Prinzregenten zu Darmstadt. Deine warme Anteilnahme an der ruchlosen Ermordung meines Militärattachés, Major von Lewinski, erfüllt mich mit herzlichem Dank. Ich beklage tief den Tod dieses ausgezeichneten Offiziers, der einem schandwürdigen Verbrecher zum Opfer fiel. Wilhelm.“

Die Folgen von Nancy. Aus Straßburg wird gemeldet: Infolge der letzten Landungen von Militärfliegern auf französischem Boden ist ein Bereich ergangen, nach dem das Ueberfliegen der Grenze streng unterjagt wird, und jeder Verstoß gegen den Befehl, gleich aus welchen Ursachen, wenigstens zwei Wochen Stabenarrest nach sich zieht.

### Oesterreich-Ungarn.

Staatssekretär von Jagow abermals beim Kaiser. Staatssekretär von Jagow wurde am Donnerstag vormittag halb elf Uhr vom österreichischen Kaiser in Schönbrunn in besonnerer Audienz empfangen. Derselbe dankte dem Kaiser für die ihm verliehene Ordensauszeichnung und verließ nach einer halben Stunde das Schloß in Schönbrunn.

### Frankreich.

Sturm in der französischen Kammer. Am Donnerstag kam in der französischen Kammer eine Interpellation betreffs der Zurückbehaltung